

***Einführungsrede bei der Sitzung des
Außenwirtschaftsbeirats***

Rede

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Anlass

Sitzung des Außenwirtschaftsbeirats (AWB)

am 9. Oktober 2014

Uhrzeit der Rede: 14:00 Uhr

im BMWi, K1 (Raum A2.028)

Redezeit: ca. 10-15 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrte Frau Dr. [REDACTED]

[REDACTED] *[AWB-Vorsitzende],*

sehr geehrter Herr [REDACTED] *[stv. AWB-
Vorsitzender],*

(sehr geehrte Abgeordnete,)

sehr geehrte Damen und Herren,

Einführung

es freut mich sehr, dass wir heute
zusammenkommen, nachdem ich
meine Teilnahme an der Sitzung im
März *[28.03.2014]* leider kurzfristig
absagen musste. *[Übernahme durch Herrn
Kapferer].*

Eine meiner ersten Initiativen im
BMW i war, die Beratungsstruktur auf
den Prüfstand zu stellen.

Und dabei ist mir aufgefallen, dass der AWB sich von anderen Gremien vor allem durch die Nähe seiner Mitglieder zum operativen Auslandsgeschäft positiv abhebt.

Ich erhoffe mir deshalb von Ihnen gerade bei den Themen einen wichtigen Input, die bisher noch nicht an die Politik herangetragen wurden – und verstehe das als eine Art Frühwarnsystem.

Um unsere Zeit effizient zu nutzen, haben Frau Dr. [REDACTED], Herr [REDACTED] und ich vereinbart, uns heute auf zwei aktuelle Themen zu konzentrieren:

- und zwar auf Russland und die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen *sowie*
- auf China

China

Ich will mit China beginnen. Wie Sie wissen, werden morgen die dritten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen stattfinden.

Und da werden, wie ich sehen konnte, auch einige AWB-Mitglieder vor Ort sein.

[z.B. Dr. ██████████ Dt. Messe AG: Er hat an den Konsultationen ein besonderes Interesse, weil die Vereinbarung BMWi-MIIT für den Erfolg der Beteiligung CHN an der Cebit 2015 zentral ist.]

Ich werde dort bilaterale Gespräche mit den Ministern für Entwicklung und Reform [NDRC], Handel [MofCom] und Industrie [MIIT] führen.

Deshalb bietet unser heutiges Zusammentreffen die Gelegenheit, um uns im Vorfeld über aktuelle Fragen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit auszutauschen.

Wir sehen, dass der deutsche Export nach wie vor starken chinesischen Wachstum profitiert.

Und die steigenden chinesischen Investitionen in Deutschland zeigen uns, dass sich China auch langfristig in Europa engagieren will.

Gleichzeitig führt das dynamische Wachstum dazu, dass China immer mehr zum Wettbewerber für die deutsche Wirtschaft auf internationalen Märkten wird – das gilt auch für den High-Tech-Bereich.

Allein die Tatsache, dass China verstärkt im Hochtechnologiebereich präsent ist, ist an sich zwar noch keine Bedrohung.

Die deutsche Wirtschaft steht im internationalen Vergleich nach wie vor mit Wettbewerbern aus Europa, den USA oder Japan sehr gut da.

Doch klar ist auch: Der Aufstieg eines internationalen Konkurrenten von der Größe Chinas stellt uns auch vor neue Herausforderungen, die wir angehen sollten.

Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem „level playing field“. Ich will dafür drei Beispiele nennen:

1. China fördert mit einer aktiven und strategischen Industriepolitik die Gründung und Stärkung chinesischer Unternehmen im internationalen Markt.

Das bedeutet im Kern allzu oft eine direkte Subventionierung von chinesischen Unternehmen.

In der Praxis führt das dazu, dass diese in bestimmten Branchen [z.B. *Telekommunikation*] in sehr großem Umfang Subventionen für Forschung und Entwicklung erhalten, während ausländische Unternehmen, selbst wenn sie in China forschen, leer ausgehen.

Umgekehrt kommen chinesische Unternehmen, die in Europa forschen, aber durchaus in den Genuss von Fördermitteln.

Das halte ich für eine klare Verletzung des Grundsatzes eines „level playing fields“.

2. Ich will ein zweites Beispiel nennen: Als China im Jahr 2001 der WTO beitrug und seine Märkte öffnete, hat es wie kein zweites Land von den Vorteilen eines freien Welthandels profitiert.

Allerdings öffnet China den eigenen Markt nicht in allen Bereichen im gleichen Umfang für ausländische Unternehmen.

Im Rahmen der beginnenden Verhandlungen zum EU-China Investitionsabkommen unterstützen wir deshalb das erklärte Ziel der EU, besseren Marktzugang in China zu erhalten.

3. Und nicht zuletzt begegnet China multilateralen Regelungswerken nach wie vor - sagen wir mal - mit Zurückhaltung.

Das sehen wir nicht nur beim internationalen Klimaschutz, sondern beispielsweise auch beim OECD-Konsensus für Exportkredite.

Für mich steht fest: wir müssen auf diese Herausforderungen reagieren.

Dafür brauchen wir zum einen die richtigen Rahmenbedingungen in unserem Land – ohne dabei dort einzugreifen, wo Sie als Unternehmer zweifelsfrei die besseren Antworten kennen.

Das betrifft zum Beispiel die Frage, welche Technologie und wie viel davon von deutschen Unternehmen nach China transferiert werden sollte. Das ist und bleibt natürlich eine unternehmerische Entscheidung.

Zum anderen ist es wichtig, China stärker an multilaterale Handelsregeln und Global Governance-Strukturen heranzuführen. Da geht es auch um internationale Standards im Sozial- und im Umweltbereich.

Ich denke, wir sind darin einig, dass wir uns weiter für die Werte und die Standards einsetzen wollen, für die wir jahrzehntelang erfolgreich gekämpft haben. Der falsche Weg wäre, Protektionismus mit noch mehr Protektionismus zu begegnen. Das würde uns definitiv nicht weiterbringen.

Diese und darüber hinausgehende Fragen möchte ich gerne im Anschluss mit Ihnen noch ausführlicher besprechen.

Russland/Sanktionen

Lassen Sie mich auf das zweite wichtige Thema zu sprechen kommen, das nicht nur unseren Arbeitsalltag beeinflusst, sondern uns vor allem als Bürgerinnen und Bürger in Europa unmittelbar betrifft. Ich spreche von der Lage in der Ukraine und der Rolle Russlands.

Vor einem Monat haben wir uns in der EU gemeinschaftlich auf eine weitere Verschärfung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland geeinigt [8.9., in Kraft treten 12.9.].

Das war unerlässlich, weil alle Beteuerungen der russischen Regierung, sie trage zur Deeskalation bei, ins Leere liefen.

Wir können internationale Völkerrechtsverletzungen nicht stillschweigend hinnehmen, sondern müssen mit entschiedenen Schritten darauf hinwirken, dass Russland die Souveränität der Ukraine respektiert.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Waffenruhe hält und sich die Situation vor Ort Schritt für Schritt verbessert. Das werden wir genau beobachten.

Bei allen Bedenken, die wir bei Sanktionsmaßnahmen haben – am Ende des Tages müssen wir uns eine Frage beantworten können:

Was würde passieren, wenn die EU als politische und demokratische Wertegemeinschaft nicht reagiert, wenn in unserer Nachbarschaft ein Bürgerkrieg entfacht wird?

Das können wir uns schlichtweg nicht leisten. Es würde uns sicher weit mehr kosten als ein paar Prozente Wachstum.

Eines will ich aber betonen: natürlich nehmen wir auch die wirtschaftliche Dimension dieser Krise sehr ernst. Die bisher sichtbaren Effekte auf die deutsche Wirtschaft sind – mit Ausnahme von einigen Unternehmen und Branchen – bislang aber begrenzt.

Das liegt einerseits daran, dass das Russlandgeschäft schon rückläufig war, bevor die Sanktionen in Kraft getreten sind [*Jan-Mai 2014: Exportrückgang Maschinenbau -20 %; Exporte insg. -14 %*]. Diesen Effekt müssen wir natürlich herausrechnen.

Und andererseits ist Russlands Verflechtung mit der Weltwirtschaft relativ gering. Die deutschen Warenexporte nach Russland hatten im vorigen Jahr einen Anteil von 1,2 Prozent am gesamten Bruttoinlandsprodukt *[Warenexporte mittel- u. osteurop. Länder: 1,7 % ihres BIP]*.

Klar ist aber auch, dass einzelne Unternehmen spürbare Einbußen hinnehmen müssen – das betrifft einige mehr als andere.

Um diese Auswirkungen so stark wie möglich zu begrenzen, haben wir die Sanktionen von Anfang an zielgenau formuliert.

Neben Einreisesperren und Finanzsanktionen gegen Personen und Einrichtungen, die Verantwortung für die Krise tragen, betreffen die Sanktionen bestimmte Geschäfte in den Bereichen Rüstung, Dual Use, Energieausrüstung und Zugang zum Kapitalmarkt.

Und noch wichtiger für die betroffenen Unternehmen: mit bestehenden und mit neuen Instrumenten, wollen wir die Risiken so weit wie möglich abfedern.

Das heißt:

- Altverträge sind von den Sanktionen ausgenommen.

- Viele der Russlandgeschäfte sind mit Hermesbürgschaften abgesichert.
- Für Unternehmen, die in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, bieten wir eine beschleunigte Exportkontrollprüfung an.
- Und bei vorübergehenden Liquiditätsproblemen stehen Betriebsmittelkredite der KfW und das Bürgschaftsinstrumentarium zur Verfügung.

- Außerdem habe ich beim BAFA eine Hotline einrichten lassen [s. *Homepage BMWi od. BAFA*], damit sich die Unternehmen bei Fragen rund um das Russland-Embargo schnellstmöglich Klarheit verschaffen können. Dort werden Sie etwa auch bei der Einschätzung unterstützt, ob Ihr Unternehmen überhaupt von Sanktionen betroffen ist. [*Allerdings erst nach eigenständiger Prüfung durch die Unternehmen. Eine eingehende Rechtsberatung ist nicht Aufgabe der BReg.*]

Ich weiß, dass Ihnen die erforderliche Genehmigung für die Lieferung bestimmter Ausrüstungsgegenstände, die in der russischen Ölindustrie zum Einsatz kommen können,

Kopfschmerzen bereitet. *[Es wird beklagt, dass die entsprechende Güterliste zu breit ist und etwa auch Lieferungen für die Automobilindustrie erfasst].*

Ich habe das intensiv von meinen Mitarbeitern prüfen lassen. Und wir kamen zu dem Schluss, dass wir eine engere Auslegung leider nicht vornehmen können. *[Die Verordnung ist klar im Wortlaut: Eine Differenzierung nach Branchen nimmt sie erst bei der Frage vor, welche Ausfuhren im Ergebnis nicht genehmigungsfähig sind (nur sehr wenige)].*

Wir haben aber mit dem BAFA für eine effiziente und schnelle Abwicklung aller aktuellen und zukünftigen Fälle gesorgt. Ich bin sicher, dass das ein gangbarer Weg für alle ist.

Sollten Sie dazu Fragen oder Anregungen haben, können wir das gerne jetzt in der Runde besprechen.

Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen!

Vielen Dank!